

Sitzung des Kreisarbeiterrates.

Bericht der Untersuchungskommission.

Im Favoriten Arbeiterheim trat um 6 Uhr abends der Kreisarbeiterrat zusammen, um den Bericht der Untersuchungskommission über die blutigen Vorgänge vom Sonntag entgegenzunehmen.

Friedrich Adler eröffnete die Versammlung mit einigen Worten des Gedenkens an die Proletarier, deren Blut am Sonntag geflossen ist. Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.

Friedrich Adler:

Die Kommission soll nicht ein Urteil fällen, sondern Material liefern, damit der Kreisarbeiterrat selbst ein Urteil feststellen kann. Es war nicht leicht, Klarheit in die Dinge zu bringen.

Adler bespricht nun die Behauptung, daß angeblich Du und umgekehrt verwendet wurden, wie es der 'Abend' behauptet und durch die Abbildung der Aufschrift einer Kasse eines solchen Geschosses erhärten wollte.

nicht Einschuhhülsen, sondern Eisenhülsen.

die nicht so haltbar wie die Messinghülsen und deshalb mit B bezeichnet wurden. Wir hatten uns von der Stadtschutzwache solche Hülsen vorlegen lassen und hatten auch festgestellt, daß die Wache schon nach den Novemberereignissen die ganze Munition genau untersucht hat.

gewalttätige Aktion beabsichtigt

sei. Auch der Arbeiterrat war sich ja darüber klar und hat aus diesem Gefühl seine erste Warnung erlassen. Daß eine gewalttätige Aktion in Aussicht stand, unterliegt keinem Zweifel. Auch die Kommunisten es ja nie abzuleugnen versucht, daß sie bereit sind, mit Gewalt eine Aenderung des herrschenden Systems herbeizuführen.

Der Zweifel, den man am Freitag noch haben konnte, war aber Samstag früh geschwunden, als Wien mit jenen Flugblättern und Plakaten überschwemmt wurde, deren Inhalt ja ganz eindeutig war.

Wir haben überdies festgestellt, daß sich die Absichten nach klarer aus Ereignissen in der Provinz beweisen lassen. Freitag war das Mitglied des Direktoriums Koritschoner in Ternitz und hat dort dem rasch zusammengetrockneten Arbeiterrat vorgeschlagen, es solle dort die Rätebildung ausgerufen werden.

Sonntag sei der Stichtag

und die Stoderer sollten den Wienern zu Hilfe kommen. Die Wiener-Neustädter 'Gleichheit' wurde Sonntag vom kommunistischen Blatte in Dedenburg angerufen und gefragt, ob die Räterepublik schon ausgerufen sei.

Nun ist es denkbar, daß beim Direktorium im letzten Moment am Samstag eine Meinungsänderung eingetreten ist. Samstag erschien ja der Aufruf des Kreisarbeiterrates in der Arbeiterzeitung und es ist möglich, daß sie sich entschlossen, die Sache zu vertagen, und die Kommunisten berufen sich auch darauf, daß sie schon am Samstag gesagt hätten, daß sie nur eine friedliche Demonstration wollten.

Wie schaut nun dieses Alibi aus?

Es ist im 'Abend' eine Mitteilung erschienen, daß ein Redakteur dieses Blattes eine Unterredung mit einem hervor-

ragenden Mitglied der kommunistischen Partei hatte, das erklärte, daß nichts geplant sei, und Herr Colbert bemerkte dazu, er sei auch gegen die Räterepublik. (Heiterkeit.) Wir betonen, wir haben nicht gewußt, als wir das lasen, daß der 'Abend' ein offizielles Publikationsorgan der kommunistischen Partei ist. (Zustimmung und Beifall.) Wir haben nicht gewußt, daß derartige Beziehungen bestehen, sondern wir haben bisher gewußt, daß der 'Abend' ein Privatunternehmen ist, das auf Sensation spekuliert. (Beifall.) Wir haben ja vom 'Abend' derartige Sensationsnachrichten oft erlebt, daß wir dem nicht unbedingt Glauben beimessen mußten.

Auch die Absage hätte in denselben Formen erfolgen müssen wie die Ansage.

Sie begreifen also, daß man uns nicht zumuten kann, wenn sie es nicht offiziell erklären, ein Sensationsblatt als Publikationsorgan der kommunistischen Partei anzuerkennen. Wir konnten das also auch nicht als Alibi anerkennen. Die Lage war also die, daß bis Samstag früh an der Absicht einer gewalttätigen Demonstration nicht gezweifelt werden konnte und die Kommunisten daran offenbar auch nicht gezweifelt haben.

Dr. Adler bespricht nun das Verhalten der Polizei gegenüber der geplanten Demonstration. Die Untersuchungskommission hat die absolute Überzeugung gewonnen, daß die Polizei und der Staatssekretär des Innern Genosse Ederich bei ihren Entschlüssen, die wir keineswegs alle billigen, von dem Willen ausgegangen sind, daß keine Gefahr für das Leben von Menschen entstehe. Am Samstag sprach alles dafür, daß es am Sonntag zu einem gewalttätigen Unternehmen kommen werde, wozu noch Nachrichten aus Ungarn kamen, wie von dort aus mit Geld gearbeitet wird.

Hunderttausend Kronen für die Ablieferung sozialdemokratischer Staatssekretäre

gebieten wurden. Die Frage war nun, wie man einem gewalttätigen Aufstand begegnen und doch Opfer vermeiden könne. Da standen sich nun zwei Anschauungen gegenüber. Der Polizeipräsident meinte, das Beste wäre, die Versammlung zu verbieten, die Bezirksräte in den Bezirken zu zerschießen und das Direktorium als Instanz für die Zeit der Untersuchung in Gewahrsam zu bringen und ihm die Möglichkeit zu entziehen, das Leben anderer Menschen in Gefahr zu bringen.

Nun sind wir gewiß für die Freiheit der Meinungsäußerung, aber in diesem Falle handelte es sich nicht um die Meinungsfreiheit, sondern um ein gewalttätiges Unternehmen und ich betenne allerdings, daß ich den Kommunisten gewiß das Recht zuspreche, ihre Ziele mit den Mitteln der Gewalt zu verwirklichen, wenn sie es als zweckmäßig ansehen, aber ich war immer auf dem Standpunkt, daß wir nur dann das Recht haben, mit Gewalt vorzugehen, wenn die anderen die Gewalt begonnen haben. Diesen Standpunkt habe ich auch in der Zeit des Absolutismus eingenommen und ich war dazu berechtigt, weil damals statt Recht und Gesetz nur Gewalt herrschte. Sicher ist, daß, wer Gewalt übt, damit rechnen muß, daß ihm mit Gewalt geantwortet wird.

es kommt darauf an, wer mit der Gewalt beginnt.

Zu diesem Falle ist es unzweifelhaft, daß die Initiative zur Gewalt von Ihnen ergriffen wurde, was die Flugblätter allein schon beweisen, und es gibt keine Staatsform, die es sich gefallen lassen kann, daß, wenn jemand zur Gewalt gegen sie greift, sie nicht ebenfalls dazu greife — auch eine kommunistische Regierung in Moskau oder Budapest oder München nicht, und wenn Sie in Wien die Herrschaft hätten, auch Sie nicht.

Der Redner legt nun die Mißverständnisse bezüglich der Verhaftung dar. Wir dachten, durch die Ablehnung des Versammlungsverbotes sei auch jede andere Idee fallen gelassen, Ederich wieder meinte, daß das damit nichts zu tun habe, und stimmte damit der Polizei zu. Die Polizei wieder wollte bloß das Direktorium verhaften, und zwar in der Wohnung, erfuhr, daß zehn Leute eine Sitzung halten, es stellte sich aber heraus, daß es 115 waren. Von der Verhaftung erfuhr Seiz und ich erst am nächsten Tage. Die Soldatenräte allerdings noch bei Nacht, sie hielten sie für einen Fehler, wobei die Meinung nicht einheitlich darüber war, wann sie enthaftet werden sollen. Die Polizei stand auf dem Standpunkt, daß sie den Bettelheim kennen lernen wolle. Auch die Soldatenräte wünschten die Durchführung der Verhaftung.

Die Kommunisten behaupten nun, daß die Verhafteten eben die Ordner waren, die die friedliche Art der Versammlung beweisen. Undenkbar wäre ja das nicht, daß sie wirklich im letzten Augenblick ihre Absichten geändert hätten. Nur spricht dagegen, daß die einen von ihnen behaupten, es sei bereits beschlossen worden, die Demonstration friedlich durchzuführen, die anderen aber, es hätte erst beschlossen werden sollen. Noch weniger stimmt dazu, daß man

bei diesen Ordner Revolver gefunden

hat, was eine Ausrüstung ist, die sich für Ordner gerade nicht empfiehlt und auch nicht üblich ist. Das Traurige an der Verhaftung ist, daß die Demonstration jetzt plötzlich ein Objekt bekam. Wie sehr wir alle gegen die Verhaftungen waren, beweist der Umstand, daß, als ich davon erfuhr, ich sofort alles daran setzte, sie rückgängig zu machen, und daß als ich im Staatsamt deshalb intervenierte, ich mit zwei Genossen des Soldatenrates dort zusammenkam, die dasselbe wollten.

Was nun den blutigen Sonntag betrifft, so wissen wir ja alle, wie leicht jetzt Schüsse losgehen. Wenn uns jemand in dem kommunistischen Flugblatt vorwirft, es habe die Absicht bestanden, Blut zu vergießen, so enthalte ich mich jeder Bemerkung darüber, daß jemand meint, es könnte jemand, der Verantwortung für das Proletariat hat, daran denken, Proletarierblut zu vergießen. Das können nur Leute machen, die mit der Gewalt spekulieren. Wenn sich die Kommunisten angewöhnt haben, die

Polizei und Stadtschutzwache

als 'Weiße Garde' zu bezeichnen, so empfinde ich das als ungerechte Verdächtigung, weil ich weiß, daß das auch nur Proletarier sind und mancher von ihnen ein schon lange organisierter Proletarier. Allerdings müssen wir auch einsehen, daß es nicht Uebermenschen sind, und dürfen nicht vergessen, daß doch ein gewisses Maß von Selbstüberwindung dazu gehört, sich nicht nur beschimpfen und bespucken, sondern auch mit Steinen und Eisenklüden bewerfen zu lassen. Man hat auf die gefährdeten Punkte nicht Polizei gestellt, sondern Volkswehr, gegen die eine ganz andere Stimmung besteht. Da hat nun aber ein Riegel verlagert, er wurde durchbrochen und die Leute stießen plötzlich nicht auf Volkswehr, sondern auf Stadtschutzwache.

wer zuerst geschossen hat,

nämlich ob von den Demonstranten oder aus einem Gymnasium, sicher aber ist, daß die Stadtschutzwache mit dem Schießen nicht angefangen hat. Es ist auch sicher, daß die Stadtschutzwache zunächst blind geschossen hat, daß auch eine Polizeiabteilung auf die Geschossen wurde, nicht zurückhaltend, sondern sehr machte. Durch die Zeugen ist erwiesen, daß zunächst von Zivilisten geschossen wurde, dann die Stadtschutzwache eine blinde Salve abgab und als dann die Menge wieder vorstürmte, es zu dem traurigen Schießen kam.

Von allen Fragen, die hier auftauchten, ist die wichtigste die, ob die proletarischen Parteien die Arbeiterräte als die kompetente Instanz anerkennen, die die Entscheidungen in allen wichtigen politischen Fragen der Arbeiter zu treffen haben. Wenn das nicht der Fall sein sollte, würden wir zu Zuständen kommen, wie in Deutschland. Denn wenn der Arbeiterrat besteht, die Parteien sich aber an seine Beschlüsse nicht zu halten brauchen, dann ist das die Zerküftung der Arbeiterklasse.

Es handelt sich auch um eine Frage der Existenz des Gedankens der Arbeiterräte. Wir sind bereit, mit Ihnen die Arbeiterräte zu verbessern, aber wenn sie drohen, die Arbeiterräte zu verlassen, so sprengen Sie diese Institution und machen es unmöglich, aus ihr ein Instrument des Klassenkampfes zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Es sprachen dann Eichinger (Kommunist), Loman (Kommunist), Dr. Frey, Koritschoner (Kommunist), Kampichler und Ederich. Danach wurde die Sitzung um 1/2 Uhr nachts auf Samstag vertagt. Die Stunde wird noch bekanntgegeben werden. Ein ausführlicher Bericht über diesen Teil der Sitzung erscheint heute im Abendblatt.